

Was hat mich geprägt; Was habe ich bewirkt?

1. Neukirchen am Walde

Da die Wohnung meiner Eltern in Linz ausgebombt war, wuchs ich im Elternhaus meiner Mutter, im „Kaufhaus Wagner“, in Neukirchen am Walde auf. Dieser Ort prägte mich nicht nur in der Art, wie eben die Kindheitsjahre eines Menschen geprägt werden. Neukirchen wurde für mich ein Beispiel für viele Veränderungen, die wir erleben. Mein Eindruck war nämlich, dass sich dieser Ort in den wenigen Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mehr verändert hat, als in den vielen Jahrhunderten vorher. Ähnliche Veränderungen stellte ich dann bei weiteren Stationen meines Lebens fest, in der Diplomatie oder in der Politik.

Zu meiner Zeit, also in den unmittelbaren Nachkriegsjahren, war das Leben in Neukirchen das einer vorindustriellen Agrargesellschaft. Die meisten Familien, auch jene im Markt selber, betrieben noch eine Landwirtschaft. So auch der Nachbar auf der anderen Seite des Marktplatzes, Josef Ratzenböck, der Vater des späteren Landeshauptmanns. Es gab keine Kanalisation, keine asphaltierten Straßen, das Trinkwasser holte man sich vom Brunnen; es gab keine Autos und keine Telefone.

Es gab eine Autobuslinie zur Bahn nach Peuerbach; wollte man in einen anderen Ort, musste man zu Fuß gehen. Das 8 km entfernte Wesenufer ist daher heute für mich noch genauso weit weg wie London, nämlich 2 Stunden. Ich besuchte die ersten vier Klassen der 6-klassigen Volksschule. Dort lernten auch Viktor Hackel, später Sektionschef im Bundeskanzleramt; Hermann Polz, langjähriger Chefredakteur der Oberösterreichische Nachrichten; Franz Hiesel, später Landeshauptmann- Stellvertreter; oder Franz Ruhaltinger, Obmann des Zentralbetriebsrates der VOEST; und, wie gesagt, Josef Ratzenböck, lesen und schreiben.

Würde man unsere Lebensbedingungen von damals nur statistisch beurteilen, so wären sie sicherlich sub- Standard. Aber dieses Gefühl hatte ich nicht. Alle Häuser waren offen und genau so zugänglich wie Wald und Wiesen. Wir konnten uns als Kinder überall frei bewegen, was für alle ein großer Ansporn war.

Am Sonntag war die Kirche voll; aber auch an Wochentagen unterbrachen Knechte und Mägde, von denen es damals noch viele gab, ihre Arbeit auf dem Feld zum Gebet, wenn die Kirchenglocken läuteten. Das weiß ich deshalb, weil ich bei der Feldarbeit gerne mitgeholfen habe und so bedeutende Aufgaben übernahm, wie für die Jause den Most zu bringen.

Mein Großvater Karl Wagner war Bürgermeister von Neukirchen von 1934-1938, also in der „Ständezeit“; er war ein starker Kritiker Hitlers; kam dafür 1943 ins KZ, wo er 1945, kurz vor Kriegsende, umkam. Fast zur selben Zeit, und das muss eine furchtbare Tragödie für meine Großmutter gewesen sein, fiel sein Sohn Franz für „Führer, Volk und Vaterland“ im Kampf um Berlin.

Mein Großvater Leopold Ettmayer war engagierter Sozialdemokrat, aber das erfuhr ich erst später. Er war schon in jungen Jahren Obmann der SPÖ im sechsten Wiener Bezirk; übersiedelte dann nach Linz, wo er Direktor der Sozialversicherung wurde. Er engagierte sich im Bereich der Arbeiterbildung, wie Bürgermeister Ernst Koref in seinen Memoiren schreibt. Mein Großvater hat kurz nach der Machtergreifung Hitlers im März 1933 unter dem Titel „Mein Bekenntnis“ einen bemerkenswerten Brief an meinen Vater geschrieben, in dem es heißt: „Eine Bartholomäusnacht des deutschen Geistes ist hereingebrochen! Der deutsche Geist? - Er beugt sich oder er wird niedergeknüppelt und eingesperrt“. Er kritisiert sehr scharf die Intellektuellen, die zu alldem geschwiegen haben; endet aber mit: „Hochachtung in diesem Ringen gebührt einzig und allein der deutschen Arbeiterschaft, die, trotz der furchtbarsten Drangsale, das freie Wort heldenhaft verteidigt“.

Mein Vater Erich Ettmayer war zunächst Professor am Realgymnasium in Linz für Deutsch und Geschichte. Während der Kriegsgefangenschaft in den USA lernte er auch Englisch. Um diese Sprachkenntnisse zu erweitern, verbrachte er den Sommer 1952 bei Verwandten in London. Das war damals noch eine Weltreise, aber es

brachte auch mit sich, dass das internationale Geschehen in der Familie diskutiert wurde. 1963 wurde er zum ersten Direktor des neu zu gründeten Gymnasiums in Rohrbach, Mühlviertel, ernannt. Er leistete dort echte Pionierarbeit im Bereich der Erziehung, gab es doch in der Region Orte, in denen eine Generation lang kein einziges Kind eine höhere Schule besucht hatte. Sein Leben war, abgesehen von den ohnehin schwierigen Verhältnissen in der Nachkriegszeit, schon deshalb nicht leicht, weil wir sieben Brüder, also eine Großfamilie, waren. Kurz nach der Eröffnung des Neubaus für das Gymnasium starb mein Vater bereits 1970. Es war insgesamt ein hartes Leben in einer Generation, die mit dem Wiederaufbau Österreichs sehr viel geleistet hat.

Die Tatsache, dass alle meine Brüder ein Studium beenden konnten, spricht für unser Sozialsystem. Warum aus einer Familie, die durchaus auch von einem kritischen Geist geprägt war, ein Diplomat, ein Theologe, ein Offizier, ein Mediziner und ein Banker, also Exponenten eher konservativer Berufe hervorgingen, wäre eine Studie wert. Ich jedenfalls bin Neukirchen am Walde immer verbunden geblieben. Für mich war und ist der Ort ein Maßstab und ein Spiegelbild für die Entwicklung unserer Gesellschaft und unseres Landes.

2. Dachsberg

Mit zehn Jahren und einer bestandenen Aufnahmeprüfung kam ich nach Dachsberg, wo die Unterstufe eines humanistischen Gymnasiums von den Oblaten des Heiligen Franz von Sales als Internat geführt wurde. Der Tagesablauf war hart, streng geregelt, in Schule und Internat herrschte der Geist der Gegenreformation. Dabei hatte der Ahnherr der Ettmayer, der „Moa in der Öd“ aus dem nahen Scharthen bei Eferding in der Zeit der oberösterreichischen Bauernkriege an der Seite von Stephan Fadinger für die Reformation gekämpft. Nach deren Niederschlagung wurde seine Familie in alle Winde zerstreut.

Das Interesse für die weite Welt wurde nicht nur dadurch geweckt, dass durch den Unterricht von Latein ab der ersten Klasse und von Griechisch ab der dritten Klasse Grundlagen der antiken Kultur vermittelt wurden; aus dem Missionsgebiet der Oblaten, „Deutsch- Südwest- Afrika“, kamen Missionare und berichteten über ihre Tätigkeit. Außerdem wurden in einem Freifach Grundkenntnisse der französischen Sprache vermittelt: wir sollten in die Lage versetzt werden, die Werke des Ordensgründers, des Heiligen Franz von Sales, in der Originalsprache zu lesen. Obwohl ich die dort praktizierten Erziehungsmethoden ablehnte und auf keinem Fall weiter in einem Internat bleiben wollte, bin ich Dachsberg durchaus verbunden geblieben. So habe ich später den damaligen Rektor, P. Buresch, während seines Aufenthaltes in Oklahoma und P. Königseder auf seiner Missionsstation in Rehoboth, Namibia, besucht.

3. USA-Aufenthalt

Die USA waren damals das Übermaß aller Dinge: sie produzierten die Hälfte des ganzen Welt-BIP; sie waren das Land mit der größten Eisen- und Stahlproduktion in der Welt; die Amerikaner fuhren die größten Autos; gewannen die meisten Medaillen bei den Olympischen Spielen; und die Hollywood- Filme beeindruckten die ganze Welt. Vor allem hatten die USA damals schon einen breiten Mittelstand.

Der siegreiche General des Zweiten Weltkriegs, Dwight D. Eisenhower, war 1952 als Republikaner zum Präsidenten gewählt worden; aber beide Häuser des Kongresses waren fest in der Hand der Demokraten. Die Demokratische Partei bestand aus einer Allianz zwischen Liberalen des Nordens und Konservativen des Südens. Diese hatten dort oft kaum eine Opposition, wurden immer wieder gewählt und waren deshalb in der Lage, ganz wichtige Ausschüsse im Kongress als Vorsitzende zu leiten. Erst die Verabschiedung der „Civil Rights- Gesetze“ hat diese Konstellation geändert. Seither wurden viele Südstaaten eine Bastion der Republikaner.

Der Unterschied zwischen den beiden großen politischen Parteien, so wurde mir damals erklärt, war bei weitem nicht so groß wie in Europa. Der Gewerkschaftsverband AFL/CIO war sehr stark; und das Vertrauen in die politischen Institutionen weitgehend intakt.

Der Kalte Krieg war eine Realität. Viele, und zu denen gehörte auch ich, stellte sich die Frage, wie expansionistisch die russische Außenpolitik tatsächlich war.

Kommunisten glaubten daran, dass die „Gesetze der Geschichte“ unausweichlich zu einer kommunistischen Welt führen würden. Und schon anlässlich der Potsdamer Konferenz hat Stalin auf die Frage des amerikanischen Botschafters Averell Harriman, ob er nicht stolz darauf sei, dass seine Truppen in Berlin stehen, geantwortet: „Ich bin es nicht; die Truppen von Alexander I. kamen nach Paris“.

Die Stadt in der ich wohnte, Austin, im Bundesstaat Minnesota, bestätigte dieses Bild der USA: die Hormel Meat-packing Plant beschäftigte Tausende von Arbeitern, die ein Vielfaches ihrer österreichischen Kollegen verdiente; man fuhr riesig-große Autos; jede Familie hatte einen Fernsehapparat; drei nationale Rundfunkgesellschaften bestimmten die über das ganze Land ausgestrahlten Programme.

In der Schule, die ich besuchte, der Pacelli High School, kamen die unterschiedlichen Philosophien, die das österreichische und das amerikanische Schulsystem bestimmten, klar zutage: von den 49 Kindern, die mit mir in der ersten Volksschulklasse in Neukirchen am Walde begonnen haben, kamen zwei ins Gymnasium. In den USA hingegen versuchte man möglichst alle Jugendlichen eines Jahrgangs bis zur Graduierung an der High School mit 18 Jahren zu führen. Im akademischen Gymnasium wurde uns ein gewisses Gefühl der kulturellen Überlegenheit suggeriert, lernten wir doch Latein und Griechisch. Eine amerikanische Schule war eben anders programmiert: wir hatten interessante Kurse über das politische System; lernten, wie man Aktienkurse verfolgt; und es wurden immer wieder auch interessante Themen des Tagesgeschehens diskutiert.

Im Herbst 1960 fand der Wahlkampf zwischen John F. Kennedy und Richard Nixon statt, den ich mit großem Interesse verfolgte. Im Fernsehen gab es die ersten Debatten zwischen Kandidaten; manche Aussagen wie jene Kennedys „Quemoy and Matsu are not worth the bones of one single American soldier“ sind für immer in Erinnerung geblieben. Im Fach „Government“ schrieb ich eine Arbeit über „Liberals vs. Conservatives in the United States“. Die Kernaussage: in der politischen

Landschaft der USA war die entscheidende Trennungslinie nicht jene zwischen Demokraten und Republikanern, sondern jene zwischen Liberalen und Konservativen, weil eben viele Demokraten des Südens bei gesellschaftspolitischen Fragen konservativ waren. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit kontaktierte ich auch den damaligen Senator von Minnesota, Hubert H. Humphrey. Dass dieser mir in einem von ihm unterschriebenen Brief antwortete war für mich eine Bestätigung dafür, dass die amerikanische Demokratie funktionierte. Diese sah ich weitgehend, wie Alexis de Toquville 100 Jahre zuvor, als Modell für alle anderen. Am 20. Jänner 1961 konnte ich von der Schule zu Hause bleiben, um die Inauguration von JFK am Fernsehschirm zu verfolgen. Einige Sätze dieser Rede haben auch auf mich einen bleibenden Eindruck hinterlassen und durchaus das Bild vom „amerikanischen Idealismus“ geprägt.

In Austin habe ich Lichtbildvorträge über Oberösterreich gehalten. Bei dieser Gelegenheit lernte ich ein Lehrer- Ehepaar kennen, das mich auf eine Reise nach Kalifornien mitgenommen hat. Dabei konnten wir beeindruckende Landschaften und Nationalparks wie das Grand Canyon, Mesa Verde oder die Royal Gorge besichtigen. Wir besuchten auch ein Indianer-Reservat. Dabei hatte ich den Eindruck, dass die Menschen, die dort lebten, die unterste Schicht im Lande darstellten.

Der Mann in der Familie, bei der ich in Kalifornien wohnte, hatte bei der Invasion in der Normandie beide Beine verloren und bewegte sich in einem Rollstuhl. Das tat der Gastfreundschaft keinen Abbruch; das Opfer, das er brachte, macht er eben, um den Totalitarismus in Europa zu besiegen. Die Rückfahrt von Los Angeles nach Washington absolvierte ich in einem Greyhound Bus. Die Fahrt ging hauptsächlich durch die Südstaaten, wo es auf den Stationen überall noch eine strenge Trennung zwischen „White“ und „Black“ gegeben hat.

Insgesamt habe ich die USA nach einem einjährigen Aufenthalt mit dem Glauben verlassen, dass der „American Way of Life“ wohl der beste ist und dass die USA einen sicheren Schutz gegen einen aggressiven Kommunismus gewähren. „Robust striving, bold risk, self-assurance and good luck“ sollten die Grundlagen für einen innenpolitischen und außenpolitischen Erfolg sein.

Das nächste Mal besuchte ich die USA erst wieder 1979. Das „Young Leadership Program“ der US-Botschaft ermöglichte mir äußerst interessante Kontakte mit Vertretern von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in allen Teilen des Landes. Ich hielt mich auch am Hoover- Institut auf, einem konservativen Think Tank, der zum Aufstieg von Ronald Reagan beigetragen hat. So sehr ich aber noch die dort vertretenen außenpolitischen Vorstellungen teilte, dass der Kommunismus bekämpft werden muss, so hatte ich nach dem, was ich jetzt sah, Zweifel am amerikanischen Sozialsystem. Nach meiner Rückkehr schrieb ich die Broschüre „Öffentlicher Dienst-Träger des Wohlfahrtsstaates“.

4. Frankreich

Vom Unterrichtsministerium erhielt ich ein gut dotiertes Stipendium, um nach Beendigung des Jus-Studiums an der Universität Wien, während des Studienjahres 1966/67, am Institut d'Études Politiques (Science Po) in Paris zu studieren. Frankreich hat mich immer fasziniert. Staatspräsident war Charles de Gaulle, der 1940, nach der Niederlage gegen die Wehrmacht, die Ehre des Landes gerettet hatte. 1958 wurde er wieder an die Spitze des Staates gerufen und prägte sowohl die Innenpolitik als auch die internationalen Beziehungen seines Landes in einmaliger Weise. De Gaulle beendete den Algerien- Krieg; mit der „Force de Frappe“ erhob er für sein Land den Anspruch, eine Großmacht zu sein; bestand in den transatlantischen Beziehungen auf eine gewisse Eigenständigkeit; leitete mit Moskau die „Detente“ ein; und sprach von einem „Europa der Vaterländer vom Atlantik bis zum Ural“; wobei er allerdings Großbritannien keinen Platz in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einräumte. In allen Kursen auf „Science Po“ wurde auf de Gaulle Bezug genommen.

„Science Po“ wurde 1945 neu ausgerichtet. Studenten sollten die Möglichkeit erhalten, die neuen Herausforderungen der Politik, der Wirtschaft und in den internationalen Beziehungen zu studieren. Die Liste jener Persönlichkeiten, die am Institut unterrichtet haben, sowie die Namen derer, die aus der Schule hervorgegangen sind, zeigen, dass man dieser Aufgabe gerecht wurde.

Ich belegte Kurse sowohl im Bereich der politischen Institutionen als auch über internationale Beziehungen. René Henry-Greard analysierte, wie aus den Krisen Frankreichs zunächst die IV. und dann die V. Republik entstanden sind; ging aber auch eingehend darauf ein, wie sich die französische Gesellschaft entwickelt hat. Dies war deshalb interessant, weil wir damals an der Wiener Universität, geprägt von der „reinen Rechtslehre“, praktisch nichts von politischen Parteien, der Struktur der Verwaltung oder der Organisation der Gewerkschaften hörten.

Jean Touchard erklärte in faszinierender Weise, welche politischen Ideen Frankreich in der jüngeren Geschichte und in der Gegenwart geprägt haben und wie einzelne Grundströmungen der Französischen Revolution bis in die Gegenwart überlebt haben. Jean-Baptiste Duroselle hatte eine Vorlesung über die internationalen Beziehungen von 1914-1945; ging auf die politischen und wirtschaftlichen Ursachen der Kriege ein; und

erklärte die Grundzüge der neuen Weltordnung. Ich besuchte das Seminar von Maurice Duverger, der ein grundlegendes Werk über die politischen Parteien geschrieben hatte. Ende Mai 1967 fiel mir auf, dass mehrere Teilnehmer des Seminars fehlten. Später erfuhr ich: es waren israelische Offiziere, die für den Sechstagekrieg einberufen worden waren.

Das große Ideal der Studenten von Paris - wir waren ein Jahr vor 1968 - war Jean Paul Sartre, Marxist und Philosoph. Er war nicht mein Idol. Mich faszinierte Raymond Aron, der wegweisende Bücher im Bereich der Soziologie, über Krieg und Frieden und über die internationalen Beziehungen geschrieben hat. Die herrschende Meinung war „lieber mit Sartre irren, als mit Aron Recht behalten“. Dieser Meinung war ich nicht. Meine wichtigste Arbeit auf „Science Po“ behandelte den „Aufstieg und Fall des MRP“, der christlich- sozialen Bewegung Frankreichs.

5. Sommer-Hochschulen

Als besondere Bereicherung betrachtete ich den Besuch vom Sommer-Hochschulen. Man lernte Land und Leute, vor allem aber auch Studenten aus der ganzen Welt kennen.

- Im Sommer 1959 besuchte ich ein College in Oxford, um meine Englischkenntnisse zu verbessern. In Stratford-upon-Avon sahen wir „King Lear“ mit Charles Laughton in der Hauptrolle, was zweifellos beeindruckend war. Mit weniger Erfolg versuchte man, uns Grundzüge des englischen Wesens, wie Cricket näher zu bringen. Das gelang bei mir nicht; erst viel später sah ich, welche prägende Kraft dieser Sport in allen Gegenden der Welt hat, wo der „Union Jack“ je gehisst wurde.

Während dieses Aufenthaltes in England hatte ich nicht den Eindruck, dass dieses Land den Zweiten Weltkrieg gewonnen hat. Die Autos auf den Straßen erschienen mir sehr alt; das Essen war nicht besonders. Bei unserer Ankunft in der „Victoria Station“ in London machte jemand die Bemerkung „bloody Germans“. Aber immerhin verbesserte ich meine Sprachkenntnisse so weit, dass ich für das darauffolgende Jahr ein Stipendium für den Besuch einer High School in den USA erhielt.
- Sehr wertvoll war im Sommer 1963 der Besuch der „University of Vienna Summer School“. Es gab interessante Kurse über Soziologie und internationale Beziehungen. Der junge Herbert Hausmaninger hatte eine Vorlesung über das „politische System der Sowjetunion“. Interessant war auch die Persönlichkeit des damaligen Direktors, Willibald Plöchl, Ordinarius für Kirchenrecht an der Universität Wien. Plöchl emigrierte nach dem Anschluss Österreichs; bemühte sich später in Washington um die Bildung einer österreichischen Exilregierung. Vor allem arbeitete er auch für den amerikanischen Geheimdienst. Wie gut dieser funktionierte, sah man an der folgenden Erzählung von ihm: alle Bombardements wurden genau registriert und analysiert. Einmal kam die Meldung, in Wien sei die „Mountain and Valley Railway Station“ bombardiert worden. Alle waren überzeugt, das wäre eine Falschmeldung, da es diesen Bahnhof in Wien nicht gibt. Schließlich stellte sich heraus, es handelte sich um die „Berg- und Talbahn“ im Prater.
- Im darauffolgenden Sommer besuchte ich Französisch-Kurse an der „Alliance Francaise“ in Paris. Das war nicht aufregend. Aber diese Institution war ein gut organisiertes System, um ausländischen Studenten die französische Sprache und Kultur zu vermitteln. Die „Alliance“ fand Zuspruch

aus der ganzen Welt. Ich hatte auch die Möglichkeit, Burgund zu besuchen. Vom kulturellen Erbe dieser Region war ich beeindruckt und überzeugt, dass unser Kaiser Maximilian I. seinerzeit „hinauf- geheiratet“ hat.

Im Sommer 1964 jährte sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 50. Mal. In einer französischen Wochenschau wurde Kaiser Franz Josef als Kriegstreiber hingestellt. Ich war erbost. Erst später, als ich mich eingehender mit den Vorgängen, die 1914 zum Weltkrieg geführt haben, befasste, musste ich leider erkennen, dass die österreichische Seite damals tatsächlich unverantwortlich und verhängnisvoll gehandelt hat.

- Im darauffolgenden Frühjahr kehrte ich zunächst an die „Alliance“ nach Paris zurück; anschließend besuchte ich das „College universitaire d’Etudes federalistes“ im Aostatal. Das war eine höhere Schule in einem autonomen Gebiet Italiens, wo man grundsätzlich Französisch sprach, außer am Postamt, wo man Beamte aus Sizilien hinsetzte. Direktor der Schule war Alexander Marc, ein in Russland geborener Franzose. Er war erfüllt vom europäischen Geist, den er uns jungen Leuten vermitteln wollte. In einer Zeit, in der der Marxismus bei den Pariser Studenten die allein gültige Lehre war, wollte er diesen durch den „Personalismus“ ersetzen. Diesen leitete er aus den Lehren von Pierre-Joseph Proudhon („Eigentum ist Diebstahl“) ab. Vor allem aber ging es ihm darum, die Grundlagen für ein wirklich geeintes Europa zu schaffen. Als bei den französischen Präsidentschaftswahlen de Gaulle durch den Europäer Jean Lecanouet zur Stichwahl gezwungen wurde, wurde das als großer Erfolg gefeiert. Wir hörten in Aosta aber auch interessante Vorlesungen über die damals erst neuen europäischen Institutionen; über Minderheiten in Europa; über die europäische Staatengeschichte. Die französischen Sommerhochschulen boten nicht nur die Möglichkeit, sehr viel über Frankreich, seine Geschichte und seine Kultur zu erfahren, sie öffneten auch das Tor nach Afrika. Man traf Studenten aus den verschiedensten Teilen des Kontinents; auch die französische Literatur über Afrika war sehr informativ. Damals ist gerade „Afrique noire est mal partie“ von René Dumont erschienen. Darin wird schon sehr klar aufgezeigt, dass die neuen herrschenden Eliten nicht immer den richtigen Weg eingeschlagen haben. Wegweisend war auch eine Studie von Nikolaus Scherk „Dekolonisation und

Souveränität- die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika“. Darin wird aufgezeigt, wie leicht aus einem Kolonialismus ein Neo- Kolonialismus entstehen kann.

- Jedenfalls waren diese Studien die Grundlage für meine späteren Reisen durch Afrika und haben mir geholfen, Probleme und Chancen der einzelnen Länder besser zu verstehen.
- Den Sommer 1968 verbrachte ich an der „Escuela Diplomatica“ in Madrid. Es war eine gute Gelegenheit, die unheimliche Vielfalt der spanischen Kultur und Zivilisation etwas kennen zu lernen. Jahrhundertlang haben die verschiedensten Völker auf der Halbinsel ihre Spuren hinterlassen. Die Spanier selber haben ja dann weltweit die „Hispanidad“ geprägt. Es war noch tiefste Franco-Zeit. Aber nirgends hatte ich so viel marxistische Literatur vorgefunden, wie bei jenen spanischen Studenten, mit denen ich Kontakt hatte. Ich war ziemlich überzeugt, dass Spanien nach dem Tode Francos kommunistisch würde. Dies auch deshalb, weil ich mich dafür interessierte, welche politischen Strukturen dem Regime als Rückhalt und Bindeglied zur Bevölkerung dehnten. Viel sah ich nicht. Man verließ sich offensichtlich auf das Militär und auf die Polizei als Repressionsapparate. Allerdings förderte das Regime die wirtschaftliche Entwicklung; die Industrialisierung wurde vorangetrieben, neue Bahnlinien wurden eröffnet.
- Den Sommer 1973 verbrachte ich in der Sowjetunion. Ich besuchte zunächst Moskau; dann eine Sprachschule in Leningrad. Anschließend reiste ich nach Armenien und Usbekistan. Einige Wesenszüge des Sowjetsystems, die später sehr deutlich wurden, waren damals schon sichtbar: im Mittelpunkt des „Revolutionsmuseum“ in Eriwan stand die Teilnahme Armeniens am „Großen vaterländischen Krieg“. Der Sieg über Hitler- Deutschland verschaffte dem Regime Legitimität, nicht der Kommunismus. Gleichzeitig besuchte damals eine Schulgruppe das Museum. Der Direktor sagte mir, diese jungen Leute kämen ohnehin aus meiner Gegend, aus Europa. Tatsächlich kamen sie aus der damals noch „Sozialistischen Sowjetrepublik Estland“. In Taschkent stieß ich auf einen usbekischen Nationalisten. Dieser beklagte sich heftig über die

russische Vorherrschaft, vor allem im kulturellen Bereich. Ein junger Mann in Samarkand versuchte mir zu erklären, dass der Islam die führende Religion in der Sowjetunion sei. Als Beweis führte er die große Zahl der Teilrepubliken an, in denen der größte Teil der Bevölkerung traditionell dem Islam angehörte. Das alles in der Zeit des tiefsten Kommunismus. Einige Jahre später nahm ich als Vertreter von Alois Mock an einer „Niederösterreichisch- Weißrussischen Kulturtagung“ in Minsk teil. Dabei war ich überrascht, wie viele meiner Gesprächspartner führende Persönlichkeiten aus Niederösterreich kannten. Ich dachte zunächst an einen politischen Gedankenaustausch, der die Leute zusammengeführt haben könnte. Dann stellte sich heraus, es waren gegenseitige Jagdeinladungen, die den damals noch sehr stabilen „Eisernen Vorhang“ überwunden hatten. Bei der Eröffnung der Tagung selbst machte der zuständige Kulturminister nicht die geringsten Anstrengungen, irgendetwas über Kultur oder Kulturaustausch zu sagen. Über die Köpfe der in großer Zahl organisierten Zuhörer hinweg sprach er über die neue „Breschnew- Verfassung“; über die Erfüllung der Planziele und über die großen Errungenschaften des Sozialismus. Sehr vertraulich wollte die Dolmetscherin wissen, wie es denn möglich sei, dass ich, als nicht-sozialistischer Abgeordneter, eine offizielle Delegation leite, wo Bundeskanzler Bruno Kreisky doch Sozialist sei. Das Prinzip einer demokratischen Gewaltenteilung war ihr absolut nicht vertraut. Die Bahnfahrt von Moskau nach Minsk dauerte gerade eine Nacht. Unwillkürlich dachte ich an den Wahnsinn, dass auf diesen paarhundert Kilometern im Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen ihr Leben lassen mussten. Meine letzte Fahrt durch Teile der Sowjetunion ist mir in besonderer Erinnerung. Im Jänner 1990 besuchte ich das Baltikum. Offiziell agierte die Sowjetunion auf der Weltbühne noch in voller Stärke. Aber in Estland, Lettland und Litauen war man bereits dabei, die Unabhängigkeit zu erklären. Ich konnte erleben, mit wie viel Mut die Menschen für ihre Freiheit eintraten. Selbst kommunistische Funktionäre hatten für die offizielle Ideologie nur mehr Spott und Hohn übrig. Außerdem erlebte ich, wie ein Wirtschaftssystem nicht funktioniert: für den Flug von Moskau nach Vilnius, die anschließende Bahnfahrt nach Tallin und den Flug zurück nach Moskau, zahlte ich ganze zehn Dollar. Am Flughafen in Moskau kaufte ich dann ein UdSSR- Fußball-T-Shirt - es war das Jahr der

Weltmeisterschaft - welches \$ 38 kostete. Von Finnland aus hatte ich immer wieder Gelegenheit, an offiziellen Reisen, die der Gouverneur von Oulu nach Russland unternahm, teilzunehmen. Dabei konnte ich, es war die zweite Hälfte der 1990er Jahre, den furchtbaren Niedergang des Landes erleben: als ich den Bürgermeister der Stadt Wyborg fragte, welche Prioritäten er bei den Ausgaben setzt, war die Antwort: keine, weil es keine Steuereinnahmen gibt. Der Gouverneur von Samara führte „internationale Wettkämpfe“ durch, weil er seine Provinz schon genauso als „unabhängig“ betrachtete wie die Gouverneure von Murmansk und Archangelsk, die wir getroffen haben, die ihren. Wir besuchten Fabriken und konnten feststellen, dass die neuen Oligarchen im Kapitalismus ein System sahen, wie es vom Kommunismus dargestellt wurde: die Möglichkeit, andere auszubeuten. Allerdings sagten finnische Russland- Experten auch damals, man solle das Land nie unterschätzen. Auch dann, wenn man glaubt, Russland liege am Boden, sind die Russen bereit, neue Kraft zu schöpfen.

6. Politisches Engagement

- Die große Krise der ÖVP
Schon während meiner Zeit an der Diplomatischen Akademie, die sich im vierten Bezirk befindet, habe ich bei der ÖVP auf der Wieden mitgearbeitet. Für mich war Politik „die Gestaltung menschlicher Schicksale“. Offensichtlich wurde mein Engagement akzeptiert: ich wurde zunächst zum Pressereferenten der Bezirkspartei bestellt und dann zum Obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) im Bezirk gewählt. Das Studium an der Diplomatischen Akademie dauerte damals drei Semester, vom Herbst 1967 bis zum Winter 1969. Im März dieses Jahres trat ich in den „Höheren Auswärtigen Dienst“ ein. Kurz vor meiner ersten Auslandsversetzung traf ich 1971 zufällig Claus Raidl, der mich fragte, ob ich nicht mit ihm im Team von Alois Mock mitarbeiten möchte. Mock war gerade zum Bundesobmann des ÖAAB gewählt worden; ein kurzes Telefonat mit Außenminister Rudolf Kirchschläger genügte; ich wurde vom BMAA unter Entfall der Bezüge karenziert. Die Wahl des damals 37- jährigen Mock zum Chef des Arbeitnehmerflügels der ÖVP war Teil der gründlich notwendigen

personellen Erneuerung der Partei. Diese fiel nach den verlorenen Wahlen vom 1. März 1970 in eine tiefe Krise, die viele Gründe hatte. Die Volkspartei, die seit 1945 den Bundeskanzler gestellt hatte, schied aus der Regierung aus, was viele als denkunmöglich erachteten. Die ÖVP als Mehrheitspartei wurde nämlich als „natürliche Kanzler- Partei“ angesehen, stand doch sogar im Bundes- Organisationsstatut: der Bundeskanzler ist Mitglied des Parteivorstandes. Dabei hatte die Alleinregierung Klaus nicht so schlecht gearbeitet und konnte beeindruckende Zahlen aufweisen: das Wirtschaftswachstum betrug 3,9 %; die Spareinlagen stiegen in vier Jahren von 79 Milliarden Schilling auf 104 Milliarden; viele Höhere Schulen wurden gebaut; das Südtirol- Paket wurde verabschiedet. Warum dann diese Niederlage? Österreich wurde unter Josef Klaus gut verwaltet, aber es fehlten klare politische Prioritäten. Im Wahlkampf 1970 arbeitete ich an einer Rede über die „10 wichtigsten Gesetze der ÖVP- Alleinregierung“. Jeder der Gesprächspartner, die ich dafür kontaktierte, erzählte mir etwas anderes. Und vor allem eines: die ÖVP hatte damals, und für lange Zeit danach, keine klare Haltung zum Wohlfahrtsstaat. Während der sozialistische Herausforderer Bruno Kreisky mit einem klaren Projekt antrat, nämlich das schwedische Modell nach Österreich zu übertragen, gab es in der ÖVP mit dem ÖAAB einen sozialpolitisch engagierten Flügel, während Exponenten der Wirtschaft erklärten: das können wir uns alles nicht leisten. Ein entscheidender Wandel wurde zu wenig beachtet, der die geistige Grundlage der Volkspartei betraf: die katholische Kirche war nicht mehr das „ natürliche geistige Rückgrat“ und Bindeglied der Partei. Anlässlich der Gründung 1945 hatte die ÖVP das Wort „Christlich“ nicht mehr in den Parteinamen aufgenommen. Aber praktisch blieben Partei und Kirche in vielen Bereichen eng miteinander verbunden. 1952 erklärte dann die katholische Kirche ihre „Äquidistanz“ zu allen politischen Parteien. Im Wahlkampf 1969/70 konnte man feststellen, dass für manche Katholiken die ÖVP nicht mehr ihre „natürliche Heimat“ war. Die ÖVP- Regierung stand vor einem echten Dilemma: die katholische Kirche hatte sich gegen wesentliche gesellschaftliche Reformen ausgesprochen, die der Entwicklung der Zeit entsprochen hätten. Der praktizierende Katholik Josef Klaus wagte es aber nicht, gegen die Kirche eine Strafrechtsreform durchzusetzen. Bruno Kreisky konnte sich so später zu Recht als „Reform-

Kanzler“ präsentieren. Dabei ist Josef Klaus selber als „Reformer“ angetreten und setzte auch einige Akzente. Nur: die „kleine Wohnbaureform“ führte zu einer Erhöhung der Mieten bei kleinen Gewerbetreibenden, die ohnehin durch die aufkommenden Supermärkte in Bedrängnis waren. Das kostete Stimmen. Die „Rundfunkreform“ führte zu einem „unabhängigen ORF“, was der Weltbürger Kreisky besser nutzen konnte als der VP- Kanzler. Und Reformansätze im Bereich der verstaatlichten Industrie wurden von sozialistischen Betriebsräten beinhaltet blockiert.

- Unser politisches System

Unser politisches System sah ich grundsätzlich positiv. Immerhin war es möglich, dass ich über eine Bezirkspartei- Organisation, wo ich zunächst niemanden kannte, in den Nationalrat kam. In diesem Sinne schrieb ich auch ein „Plädoyer für die politischen Parteien“. Darin zeigte ich auf, in welchem Ausmaß politische Parteien Persönlichkeiten wie Josef Klaus, Bruno Kreisky, Margaret Thatcher oder Francois Mitterand persönlich, intellektuell und politisch geprägt hatten und dass es eben die Aufgabe von Parteien ist, Menschen zu motivieren und zu engagieren.

Bei den „Aufgaben der politischen Parteien“ führte ich an, sie sollten Mitgestaltung ermöglichen und Verantwortung bei der Auswahl von Kandidaten übernehmen. Darüber hinaus schrieb ich, Parteien sollten eine Grundlage der politischen Stabilität sein; eine Stütze für sozial Schwache und Pluralismus garantieren.

Ich machte mir aber auch keine Illusionen. In einer Publikation unter dem Titel „Zeit der Widersprüche“ kritisierte ich eine politische Realität „zwischen Wunsch und Wirklichkeit“. Die Unzufriedenheit mit der Politik erklärte ich damit, dass diese vielfach von den Idealen, die propagiert wurden, entscheidend abwich. So ist das Postulat, wonach „das Recht vom Volk ausgeht“, in einer pluralistischen Industriegesellschaft so kaum anwendbar. Die Gewaltenteilung wurde von Montesquieu ganz anders gesehen, als sie heute interpretiert wird. Und das antike Vorbild vieler Vordenker der Demokratie im 18. Jahrhunderts war Sparta und nicht Athen.

In der „Macht der Medien“ sah ich das Privileg von einigen wenigen Journalisten. Gerade in Österreich, wo es 1951 noch 34 Tageszeitungen

gab, 1991 aber nur mehr 15, führte die Pressekonzentration dazu, dass aus dem strukturellen Übergewicht der Medien gegenüber der Politik ein psychologisches entstand. Das glaubte ich damals, und das glaube ich heute. Ernüchternd war vielfach auch die Tätigkeit im Nationalrat. Obwohl es in Art. 24 der Bundesverfassung heißt: „Die Gesetzgebung des Bundes übt der Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat aus“, haben wir in Österreich praktisch eine Regierungsgesetzgebung. 85 % der Gesetze gehen auf Vorlagen der Bundesregierung zurück, die deren Inhalt formuliert. Dabei hat der Nationalrat auch Grundrechte wie jenes, das Budget zu beschließen, an die Verwaltung abgegeben. Ausschüsse treten praktisch nur dann zusammen, wenn der zuständige Minister eine Regierungsvorlage einbringt. Insgesamt kritisierte ich ihn der „Zeit der Widersprüche“, dass man seitens der Politik immer wieder widersprüchliche Erwartungen weckt, dafür dann aber nur Scheinlösungen findet.

- Einheit von Theorie und Praxis

Mit Alois Mock als Obmann hat der ÖAAB einen neuen Aufbruch erlebt. Die ÖVP sollte, so unser Ziel, „die natürliche Heimat der Arbeitnehmer werden“. Dazu gehörte, dass wir uns wieder auf die Grundsätze der Bewegung besannen, darüber nachdachte, wie diese in einer modernen Gesellschaft umgesetzt werden konnten. Darüber haben wir nachgedacht, geschrieben und publiziert. Dabei half, dass Mock, selbst tief verhaftet im katholischen Glauben, gleichzeitig sehr offen war gegenüber anderen Ideen und neuen Gedanken.

Ich selber war immer für eine „Einheit von Theorie und Praxis“. In diesem Sinne habe ich schon früh publiziert, wobei ich hier nur einige wenige Beispiele aus dem Bereich der katholischen Soziallehre; der Gesellschaftspolitik und der Außenpolitik anführen möchte.

In der Festschrift für Grete Rehor „Soziale Sicherheit und politische Verantwortung“ schrieb ich über die Frage „Wie christlich kann der ÖAAB sein?“. Meine Schlussfolgerung war, dass das Gesellschaftsbild des ÖAAB von der katholischen Sozialidee abgeleitet wurde, dass sich aber nunmehr eine religiös profilierte Engagement nicht mehr durch das geschlossene Auftreten der gesamten Bewegung ausdrückt, sondern es am „ einzelnen

politisch tätigen Menschen liegt, wie weit er für seine Überzeugung in der Öffentlichkeit eintreten will“.

In „Apostolat und Familie- eine Festschrift für Opilio Kardinal Rossi“ habe ich den „Einfluss der katholischen Soziallehre auf die Familienpolitik in Österreich“ analysiert; und in einer anderen Festschrift habe ich den „Freiheitsbegriff in der Lehre Pius´XII.“ untersucht. Hervorragende Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wie Claus Raidl, Walter Schwimmer oder Rudolf Jettmar haben am Sammelband „Verantwortung in Staat und Gesellschaft“ mitgearbeitet, dessen redaktionelle Leitung ich hatte. Darin schrieb ich über die grundsätzlichen Unterschiede zwischen ÖVP und SPÖ. Da für mich der Wohlfahrtsstaat jenes gesellschaftspolitische Modell war, um das keine Partei, die mehrheitsfähig sein wollte, herumkam, sah ich den Unterschied zu den Sozialisten in einem „Wohlfahrtsstaat mit persönlicher Verantwortung“. Ich schrieb ein „Plädoyer für eine neue politische Kultur“; über „Politik und Zeitgeist“. Nach einer USA Reise interessierte mich die Frage „Wie es zur Frauenrevolte in Amerika kam“.

Was haben all diese Publikationen bewirkt? Der Einfluss hielt sich wohl in Grenzen. Allerdings: in einer Abhandlung über den „Stellenwert des Liberalen in der ÖVP“ verlangte ich mehr Demokratie in Parteien und Verbänden. Dabei kritisierte ich, dass hohe Funktionäre der Interessenvertretungen gleichzeitig Parlamentarier waren und hohe Positionen in der Sozialversicherung hatten. Betroffene verlangten daraufhin eine Sondersitzung des Bundespartei-Vorstandes; sicherlich nicht, um mir ihre Anerkennung auszusprechen. Meine Analyse des „Stellenwert der Arbeit in der österreichischen Literatur der Gegenwart“ gefiel offensichtlich einigen im ORF, die einen eigenen Film darüber drehten. Mir persönlich boten diese Publikationen die Möglichkeit, Gedanken zu interessanten Themen zu entwickeln, fundierte Diskussionen darüber gab es kaum.

7. Schwerpunkte im Nationalrat

Als ich 1977 in den Nationalrat einzog, wurde ich sehr bald Mitglied in den verschiedensten Ausschüssen. Ich war nicht nur im außenpolitischen Ausschuss; sondern auch im Verfassungsausschuss; in jenem für die Verstaatlichte Industrie; für Wissenschaft und Forschung und im Justizausschuss.

Ich war Oppositionspolitiker, davon überzeugt, dass wir vom ÖAAB das bessere Programm hatten; und wollte einen Beitrag dazu leisten, dass die ÖVP wieder Wahlen gewinnt. Obwohl ich durchaus auch gute Kontakte zu Kollegen anderer Parteien hatte, habe ich erst später in Finnland die Überzeugung gewonnen, dass es für ein relativ kleines Land wie Österreich vorteilhaft ist, bei innen- und außenpolitischen Grundsatzfragen einen möglichst breiten Konsens zu haben.

Um die Meinung der Österreicher zur Außenpolitik zu erfahren, aber auch um eine außenpolitische Diskussion zu fördern, habe ich eine Meinungsumfrage in Auftrag gegeben. Dabei zeigte sich, dass unsere Landsleute ein ganz gutes Gespür hatten: schon Jahre vor dem Tod Titos waren sie überzeugt, dass nach seiner Ära in Jugoslawien Unruhen ausbrechen würden; 58 % erwarteten eine „starke Zunahme des politischen Terrors“; nicht überraschend sprach sich eine große Mehrheit für die Neutralität aus.

In der Schriftenreihe „Sicherheit und Demokratie“ schrieb ich eine Abhandlung über „Ideologische Dimensionen der internationalen Beziehungen“ mit folgenden Schwerpunkten: der Nationalismus als bleibende Kraft in den internationalen Beziehungen; die „sozialistische“ Außenpolitik der Sowjetunion; USA: das Wechselspiel von Idealismus und Realismus; der Zionismus als Grundlage der israelischen Außenpolitik; Panarabismus und arabischer Nationalismus; das Streben nach Frieden. Dabei erachteten die meisten Österreicher nicht mehr eine globale Auseinandersetzung zwischen Ost und West als Hauptgefahr für den Frieden, sondern andere Gefahren: eine Energiekrise, Terrorismus oder Unruhen in Osteuropa.

Meine Schlussfolgerung dabei war: es waren nicht mehr so sehr die zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen, die den Frieden bedrohten; sondern vielmehr innerstaatliche Krisen. Unsere Sicherheit hat damit eine zusätzliche Dimension bekommen: die inneren Verhältnisse eines Landes bestimmen nunmehr auch die internationale Entwicklung ganz entscheidend. Das Instrumentarium, das

nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, um den Frieden der Staaten zu sichern, sollte daher um eine neue Dimension erweitert werden. Österreich sollte dabei, so forderte ich, dadurch einen Beitrag leisten, dass Mitteleuropa eine Zone des Friedens ist.

In diesem Sinne schrieb ich 1984 ein " Plädoyer für Mitteleuropa". Die zentrale Frage für mich lautete: wie können die Beziehungen zwischen den- damals durchwegs kommunistischen- mitteleuropäischen Staaten trotz der Spannungen zwischen den Supermächten, trotz ihrer Abhängigkeiten vom Verhältnis zwischen den Supermächten, verbessert werden. Wie kann eine Zone des Friedens geschaffen werden? Die Lösung könnte darin liegen, so mein Vorschlag, dass die jeweilige Außenpolitik nicht von machtpolitischen Überlegungen, sondern von der Maxime geleitet wird, die Wohlfahrt der Menschen dieses Raumes zu fördern und ihnen neue Möglichkeiten zu bieten. „Die Menschen sollten mit ihrem Bewusstsein, die Länder mit ihrer Politik dorthin kommen, wo die Technik bereits steht: dann könnten die Grenzen auch für die Menschen so unwichtig werden, wie sie es für die Technik bereits sind“. Ich forderte die Schaffung einer Freihandelszone und eines „Kleinen Grenzverkehrs“ auch mit Ost-Staaten, stieß dabei aber nicht überall auf Zustimmung. Die Mitgliedschaft im außenpolitischen Ausschuss bot die Möglichkeit, die ganze Welt zu bereisen und überall politische Gespräche zu führen. Bei einem Besuch in China im Jahre 1984 wurde uns gesagt, " wirtschaftliche Sonderzonen" würden eingerichtet, um marktwirtschaftliche Modelle auszuprobieren. Obwohl auch ich mir davon gewisse Reformen erwartete, war damals wohl kaum absehbar, wie stark die ganze globale Wirtschaft nur wenige Jahrzehnte später von China geprägt würde. Nach einer Lateinamerika- Reise schrieb ich über „Warum sind reiche Länder arm?“. Ich beschrieb den Reichtum des Kontinents, aber auch die schreiende Armut. Als Grund für diese Diskrepanz machte ich eine Geschichte der Ausbeutung verantwortlich; die Tatsache, dass Interessensgruppen oft stärker waren als der Staat; Korruption und mangelnden Wettbewerb. Ich stellte die Frage, wie die Armut überwunden werden kann und kritisierte, dass extreme Privatisierungen zu einer weiteren Verarmung breiter Mittelschichten führten.

Gesellschaftspolitisch trat ich „ Für einen modernen und leistungsfähigen Staat“ ein, für Verwaltungsreform und Selbstverwaltung. Primär sollte es, so führte ich in mehreren Reden aus, nicht um den quantitativen Umfang staatlicher Aufgaben gehen, sondern darum, welche Aufgaben der Staat heute übernehmen soll, um diese

zum Wohl der Bürger durchzuführen. Die Diskussion sollte also nicht darüber geführt werden, ob wir mehr oder weniger Staat brauchen. Die staatlichen Aufgaben sollen den Bürger nicht erdrücken, es sollten vielmehr die Rahmenbedingungen für eine moderne Gesellschaft geschaffen werden. Herkömmliche Aufgaben der öffentlichen Hand sollten überdacht werden, neuen Herausforderungen müsse man sich stellen. Ich ging auch auf die dabei entstehende Problematik ein: ständig würden neue Forderungen an den Staat herangetragen, vom Umweltschutz bis zur Gesundheitsvorsorge; gleichzeitig verlangte man einen „schlankeren Staat“.

Die Rolle des Fraktionsführers im Rechnungshofausschuss übte ich insofern gerne aus, als ich in der Kontrolle von Regierung und Verwaltung eine wesentliche Aufgabe eines Parlaments sah. Durch zahlreiche parlamentarische Anfragen thematisierte ich das Thema „Verschwendung“. Dabei versuchte ich aufzuzeigen, dass dort, wo öffentliche Aufgaben zu leicht durch Schulden abgedeckt werden, oft Geld nicht mehr zweckmäßig eingesetzt wird. Meine Schlussfolgerung in mehreren parlamentarischen Reden: mehr öffentliche Belastung bedeutet bei weitem nicht immer mehr Wohlfahrt für den Bürger, sehr häufig jedoch mehr öffentliche Verschwendung. Gravierende Probleme wie die „Neue Armut“, die Sanierung des Budgets oder die Sanierung der Verstaatlichten Industrie können durch ständig steigende Steuern und Abgaben nicht gelöst werden. Öffentliche Mittel sollten vielmehr, verbunden mit entsprechenden Reformen, sinnvoller eingesetzt werden. Ein Verschwendungsstopp ist damit nicht nur die Voraussetzung für einen Belastungsstopp, sondern für die grundsätzliche Neuorientierung einer Politik.

Als Sicherheitssprecher meiner Partei im Parlament verfolgte ich keinen reinen „Law and Order“-Kurs. Ich betrachtete Sicherheit viel mehr als gesellschaftspolitische Aufgabe und schrieb eine Abhandlung „Muss es immer mehr Verbrechen geben?“. Ich trat für ein „Sicherheitspolizei- Gesetz“ ein, um die Kompetenzen der Exekutive klar zu regeln. Das sah zunächst nach einer Einschränkung der bisher gegebenen Möglichkeiten aus, erwies sich aber als notwendig, um der steigenden organisierten Kriminalität entgegenzutreten zu können. Ein wichtiger Punkt im Forderungsprogramm der Bundesländer war damals, die Sicherheitsdirektoren eines Landes dem Landeshauptmann zu unterstellen. Dafür setzte ich mich ein. Dann musste ich allerdings feststellen, dass die Landeshauptleute dies in der geforderten Form gar nicht wollten, weil es ja nicht nur Vorteile brachte, etwa die Verantwortung für die Räumung eines Hauses oder eines Grundstückes zu tragen. Mit einem sehr

gesprächsbereiten Innenminister wurde dann die Lösung gefunden, dass die Landeshauptleute bei der Bestellung eines Sicherheitsdirektors zustimmen müssen. Bis dahin hatten sie nur ein Anhörungsrecht.

Da auch die Migration zu meinen Agenden gehörte, schrieb ich ein Plädoyer „Ausländer- eine Aufgabe für Österreich“. Ich verlangte eine stärkere Integration „am Arbeitsplatz, in der Schule und im Bereich des Wohnens“ und begründete dies damit: Wenn es eine Ursache gibt, die sicher zu Unruhen führt, dann ist dies eine soziale und territoriale Ghettobildung. In Zukunft sollte man, so meine Schlussfolgerung, einen Grundkonsens darüber schaffen, dass Österreich ein Ort der Zuflucht für politisch, rassistisch oder religiös verfolgte Menschen ist.

8. Botschafter an fünf Destinationen

- **Finnland & Estland**

Als ich 1994 als österreichischer Botschafter nach Finnland kam, mit einer zusätzlichen Akkreditierung in Estland, stellte ich mir drei Ziele: Finnen mit der österreichischen Kultur, Wirtschaft und Politik vertraut zu machen; auch Österreichern Finnland näher zu bringen; die gegenseitigen Besuche auf allen Ebenen fördern. Das erste Ziel wurde offensichtlich ganz gut erreicht. Als mir der finnische Staatspräsident Martti Ahtisaari am Ende meiner Mission in Helsinki das Großkreuz des finnischen Löwenordens mit Stern überreichte, sagte er mir: „You have put Austria on the Map“. Tatsächlich hat die Botschaft viele Veranstaltungen durchgeführt, bei denen Experten aus beiden Ländern Themen von gemeinsamem Interesse behandelt haben: im Bereich der Papierindustrie, des Umweltschutzes, der Sicherheits- und der Außenpolitik. Wir veranstalteten Symposien zu Themen wie „Sibelius in Österreich“; „Österreich und Finnland in der Europäischen Union“; oder „1000 Jahre Österreich“ im Jahre 1996. An dieser Veranstaltung nahm sogar der Staatspräsident teil. Die Zentrale wusste das zu schätzen und entsandte aus diesem Anlass einen Sonderbotschafter in der Person von Christian Prosl. Zahlreiche Künstler, Literaten und Wissenschaftler wurde nach Finnland eingeladen; eine Kokoschka- und eine Kubin - Ausstellung fanden besonders großen Anklang. Die Botschaft organisierte Besuche auf allen Ebenen; es kamen Mitglieder der Bundesregierung und fast aller Landesregierungen;

Unternehmer und höchste Kammerfunktionäre nahmen ebenfalls an Symposien teil; es trafen sich Fischer und Jäger der beiden Länder; die Botschaft organisierte Tennis- und Fußballturniere; dabei trafen österreichische und finnische Journalisten genauso aufeinander wie unsere Ex- Internationalen. Die Tätigkeit in Finnland wurde dadurch bereichert, dass das Land eine beeindruckende kulturelle Vielfalt aufweist: anlässlich der Ausstellung des Europarates im Wiener Künstlerhaus zum Thema „Europa nach der Flut- Kunst 1945-1965“ war der finnischen Architektur, als einziger eines Landes ein eigener Saal gewidmet. Alleine im Bereich der Musik hat Finnland weltbekannte Sänger, Komponisten und Dirigenten hervorgebracht. Finnische Maler wie Albert Edelfeldt und Helene Schjerfbeck waren bei der Ausstellung „der Traum vom Glück“ in Wien zu sehen. Wie vor ihm viele finnische Designer hat Pasi Ketonen einen internationalen Preis für den Entwurf eines Elektroautos erhalten; die Regisseure Aki und Mika Kaurismäki sind jedem Filmliebhaber ein Begriff. Trotz aller Übersetzungsschwierigkeiten gehören die Werke von Aleksis Kivi, Mika Waltari und dem Literaturnobelpreisträger Frans Emil Sillanpää zur Weltliteratur. Es ist aber bei weitem nicht nur die Vielfalt des kulturellen Erscheinungsbildes, das Finnland zur Kulturnation macht, ihr Wesen liegt vielmehr tiefer: es waren kulturelle Ereignisse, die im 19. Jahrhundert die nationale Identität Finnlands geprägt haben. Schon lange vor der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1917 konnte sich Finnland über seine Kultur darstellen und auch im Ausland präsentieren; wobei auch der Sport eine ähnliche Rolle spielte. Während andere Nationen ihre Entstehung auf Kriege und Schlachten zurückführen, stand am Beginn der finnischen Nationwerdung die Entdeckung seines Nationalepos „Kalevala“; das dann auch als Grundlage für die Entwicklung der nationalen Literatur, Kunst und Musik diente. Grundsätzlich wollte ich durch meine Tätigkeit als Botschafter auch die Frage beantworten, „ob man in der EU noch Botschaften braucht?“. Die Fragestellung hielt ich schon damals für falsch. Was braucht der Mensch schon? Tausende Jahre hat die Menschheit ohne Autos und Mobiltelefone gelebt. Die Frage sollte vielmehr lauten: „Was mache ich aus einer Institution?“. Die Botschaft Helsinki versuchte, darauf eine Antwort zu geben, wobei ich dafür auch eine eigene Philosophie entwickelt habe: hat es lange Zeit geheißen, die österreichische

Außenpolitik richte sich nach dem Vorbild der Schweiz, so legte ich dar, dass es in Europa keinen anderen Staat gibt, der mit Österreich so viele Gemeinsamkeiten aufweist wie Finnland: wir sind am gleichen Tag der EU beigetreten, haben uns gleichzeitig für den Schengen- Raum entschieden; und haben gleichzeitig den Euro eingeführt. Weniger Erfolg hatte ich mit meinen Bemühungen, den Österreichern Finnland mit meinem Buch „Finnland- ein Volk im Wandel“ näher zu bringen. Während meine Publikation in Finnland durchaus Beachtung gefunden hat und bemerkenswerte Rezensionen erhielt, war das in Österreich nicht der Fall. Josef Ertl hat darüber im „Standard“ geschrieben; es gab einige Veranstaltungen, aber mein Ziel, den Landsleuten aufzuzeigen, dass einige Verhaltensmuster der Finnen für uns als Vorbild dienen könnten, habe ich nicht erreicht. Die Zielsetzung für Estland war dieselbe wie für Finnland: die Botschaft organisierte den ersten offiziellen Besuch eines österreichischen Regierungsmitglieds; Symposien und kulturelle Veranstaltungen. Es war eine äußerst interessante Zeit. Immerhin vollzog Estland damals den dramatischen Schritt von einer gelenkten Wirtschaft im Kommunismus zu einer Demokratie mit Marktwirtschaft. Als ich dem Staatspräsidenten Lennart Meri mein Buch „Estland- der Aufbruch nach Europa“ überreichte, sagte er mir, mit dem Inhalt wäre ja durchaus einverstanden, nur der Titel sei falsch: Estland habe Europa nie verlassen; aber die Europäer hätten sich von seinem Land abgewandt.

- Kanada und Jamaika

Mein Kanada- Buch hat den Titel „Kanada- eine Land zwischen den Welten“. Tatsächlich war Kanada die längste Zeit ein europäisches Land auf amerikanischem Boden. Zunächst eine französische, dann eine englische Kolonie, wurde Kanada, in der anglo- sächsischen Rechtstradition, durch die „Kraft des faktischen“, konkret durch die Teilnahme an den beiden Weltkriegen, immer mehr selbstständig. Staatsoberhaupt ist aber immer noch die englische Königin.

Kanada wurde 1867 als Konföderation innerhalb des Britischen Empires gegründet; also mit einer Autonomie im Inneren, während die Außenpolitik weiterhin in London gemacht wurde. Die innerstaatliche Entwicklung war aber anders als ursprünglich vorgesehen. Wenige Jahre nach dem amerikanischen

Bürgerkrieg wollte man das amerikanische Schicksal vermeiden und gründete, im Gegensatz zu den USA, einen Einheitsstaat, um einem Auseinanderbrechen vorzubeugen. Die tatsächliche Entwicklung war dann aber anders: die zehn Provinzen gewannen während der letzten Generation sehr stark an Selbstständigkeit. Dies insbesondere deshalb, weil jene Bereiche, die den modernen Wohlfahrtsstaat ausmachen- Gesundheit, Erziehung, Wohlfahrt- Angelegenheit der Provinzen wurden. Die Bundesregierung ist in diesen Bereichen darauf reduziert, Zuschüsse zu gewähren. Dazu kam noch, dass in der Provinz Quebec eine Unabhängigkeitsbewegung entstand, die dann auch die Regierung in der Provinz übernahm. Zu Recht fühlte sich der französischsprachige Teil der Bevölkerung lange Zeit zurückgesetzt, zu oft in Wirtschaft und Verwaltung diskriminiert. In zwei Volksabstimmungen wurde über den Verbleib bei Kanada entschieden, wobei beim zweiten Volksentscheid 1995 die Separatisten nur ganz knapp unterlagen. In der Zwischenzeit wurde im April 2003 dann auch jene Partei, die die Unabhängigkeit anstrebte, abgewählt. Der Grund dafür, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung für den Verbleib bei Kanada entschied, liegt wohl darin, dass die früheren Diskriminierungen beseitigt werden konnten und auch die Bundesregierung in Ottawa große Anstrengungen unternahm, die „Quebequer“ zufrieden zu stellen. Offensichtlich setzte sich auch die Überzeugung durch, die „Quebequois“ können leichter als eine Gruppe von 23 % innerhalb Kanadas überleben als im großen Nordamerika, wo sie nur 2 % ausmachen. In der Außenpolitik war und ist die entscheidende Frage für Kanada: welche Eigenständigkeit ist für ein Land neben einer Super- Power möglich? Kanada hat seine internationale Stellung im 20. Jahrhundert zunächst im Rahmen des Britischen Empires, dann an der Seite der USA durch „selbstbewusste Loyalität“ erworben. Es geht also darum, wie eigenständig die Außenpolitik eines Landes sein kann, das Teile seiner Sicherheitspolitik, etwa die Luftverteidigung, gänzlich mit den USA integriert hat und dorthin auch 87 % seiner Exporte liefert. Bei aller Loyalität zu Washington hat der kanadische Ministerpräsident immer wieder hervorgehoben, dass er für internationale Probleme multilaterale Lösungen anstrebt. In diesem Sinne hat sich Kanada am „Krieg gegen den Terrorismus“ in Afghanistan beteiligt, nicht aber am Irak- Krieg. Außerdem hat Kanada

immer wieder ein besonderes Engagement im Bereich der „Human Security“ gezeigt. Auch in Kanada war das Ziel, die österreichische Präsenz zu stärken, sowie den Austausch in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Tatsächlich konnten die bilateralen Beziehungen während meiner Zeit in Ottawa wesentlich intensiviert werden; die österreichischen Exporte nach Kanada haben sich verdoppelt. Ein Höhepunkt war jedes Jahr der „Viennese Winter Ball“. Der „Ottawa Citizen“ erklärte ihn zum „größten gesellschaftlichen Ereignis der kanadischen Hauptstadt“. Es wurde für viele Kanadier eine Prestigesache, daran teilzunehmen; auch der kanadische Ministerpräsident Jean Chretien zählte zu den Ehrengästen. Eine Klimt- Ausstellung, organisiert zusammen mit der Nationalgalerie in Ottawa, brachte einen Besucherrekord; es gab zahlreiche stark beachtete Auftritte österreichischer Künstler in Toronto und Montreal. Ein Symposium widmete sich dem Thema „Österreich und Kanada-unser gemeinsamen Herausforderungen“, wobei es insbesondere auch um die Einwanderungspolitik der beiden Länder ging. Die österreichische Politik in diesem Bereich stellte Botschafter Christian Prosl dar, damals Leiter der zuständigen Sektion im Außenministerium. Bei diesem Vergleich schnitt Österreich recht gut ab. Kanada proklamierte zwar lautstark, jedermann habe das Recht, nach Kanada einzuwandern. Tatsächlich galt das aber nur für jene, die den genau festgelegten Bedingungen entsprachen. Verglichen dazu verfolgte unser Land eine durchaus offene Einwanderungspolitik, wobei sich auch die Zahlen im Vergleich mit Kanada sehen lassen konnten. Ich möchte noch ein Ereignis erwähnen, von dem ich glaube, dass es für die österreichische Innenpolitik durchaus von Bedeutung war, bei uns aber kaum wahrgenommen wurde. Im Winter 2000 besuchte Jörg Haider, wegen der Regierungsbeteiligung seiner Partei waren gerade die Sanktionen verhängt wurden, Montreal. Er nahm auf Einladung von Rabbi Israel Lowen, von der kleinen chassidischen Tash Gruppe, an einer Hochzeit teil. Das eigentliche Ziel war aber, das Holocaust- Zentrum zu besuchen. Offensichtlich wollte Haider eine „Aussöhnung“ symbolisieren. Vor Dutzenden von Fernsehkameras kam es zu riesigen Protesten, in Montreal, vor der österreichischen Botschaft in Ottawa und in anderen Landesteilen. Der Besuch kam nicht zustande, der von Haider beabsichtigte Brückenschlag fand nicht statt. Warum halte ich diesen Vorfall für die weitere innenpolitische

Entwicklung in Österreich für sehr wichtig? Ab diesem Zeitpunkt musste der Obmann der FPÖ erkannt haben, dass ihm seine frühere Haltung zur NS-Vergangenheit nicht verziehen wird und er überhaupt keine Chance hatte, international je als Chef einer österreichischen Regierung anerkannt zu werden. Tatsächlich hat Haider dann weiter Oppositionspolitik gemacht, obwohl seine Partei in der Regierung war; und letztlich kam es zur Spaltung seiner Partei. Das Beglaubigungsschreiben für Jamaika überreichte ich im Februar 2000, kurz nachdem unsere Freunde in der EU Sanktionen gegen Österreich verhängt hatten, dem dortigen General- Gouverneur, da die englische Königin offiziell auch Staatsoberhaupt dieses Landes war. Der General- Gouverneur, ein verdienter älterer Politiker, lud im Anschluss an den offiziellen Akt zu einem Gespräch bei Champagner und Kuchen ein. Dabei betonte er, dass er Österreich sehr schätze, insbesondere einen jungen Politiker, der dem Establishment seine Grenzen aufzeigt. Er sage seinen Ministern immer, sie sollten sich diesen Mann zum Vorbild nehmen und meinte offensichtlich Jörg Haider. Andere Länder, andere Sichtweisen. Ein anderes Beispiel zeigte mir, dass Verhaltensmuster der Bürokratie weltweit durchaus ähnlich sind. Viele Botschafter in Ottawa waren auf einem Inselstaat in der Karibik mitakkreditiert. Der uruguayische Missionschef nahm dies zum Anlass und schrieb seinem Ministerium, er „hätte auch gerne eine Insel“. Dem Wunsch wurde Rechnung getragen; er bekam Island. In meinem Buch „Jamaika- mehr als Rum und Reggae; Chancen und Probleme eines Entwicklungslandes“ zeigte ich jene Perioden auf, in denen das Land eine Begegnung mit der Weltgeschichte hatte: „als Jamaika noch bei Österreich war“, also die Zeit der spanischen Entdecker und Eroberer unter den Habsburgern. Ein eigenes Kapitel widmet ich der Herrschaft der Engländer und der Sklavengesellschaft. Es folgte eine Darstellung über den Weg in die Unabhängigkeit; und schließlich geht es um die Frage, wie ein Entwicklungsland die Globalisierung bewältigen kann. Ein längerer Abschnitt widmet sich dem „afrikanischen Erbe“, also der Religion, der Kultur und der Musik. Der Sport als Ausdruck der nationalen Identität wird besonders hervorgehoben. Innen- und Außenpolitik, die Wirtschaft, sowie die Gesellschaft, die nicht frei von Gewalt ist, werden ausführlich dargestellt. Die österreichische Präsenz auf Jamaika erfolgte insbesondere auch durch einen

aktiven österreichischen Honorar- Generalkonsul, der ein in anerkannter Hotelmanager war und auch eine Schule betrieb. Die österreichische Botschaft förderte diese Schule; konzentrierte sich auf eine Präsenz bei nationalen Ereignissen, sowie auf eine Unterstützung von Österreichern, die auf der Insel Hilfe suchten.

- Europarat

De Gaulle hat den Europarat einmal als jene Organisation bezeichnet „qui dort au bord du Rhin“. Tatsächlich schlägt der Europarat keine großen Wellen. Dabei hat seine Gründung 1949 die „Revolution in der europäischen Diplomatie“ eingeleitet. Die Jahrhunderte lange Konfrontation zwischen den europäischen Ländern wurde ersetzt durch Kooperation; eine auf Machtpolitik begründete Außenpolitik durch Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer Werte. In Europa ist durch den Europarat eine qualitativ neue internationale Organisation entstanden der es gelungen ist, Frieden durch Zusammenarbeit zu gewährleisten. Ein wesentliches Ziel wurde die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte. Die Bürger der Mitgliedstaaten erhielten die Möglichkeit, ihr Recht bei einer internationalen Instanz, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzuklagen. Das Streben der Bürger nach persönlicher Wohlfahrt hat im Rahmen des Europarates das Streben der Staaten nachmacht in den Hintergrund gedrängt. Die europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte, 1953 in Kraft getreten, schützt Rechte und Freiheiten einzelner und verpflichtet die Staaten, diese Rechte allen Bürgern zu garantieren. Konventionen zum Schutz der sozialen Grundrechte, der nationalen Minderheiten und zur Verhütung der Folter wurden integraler Teil der politischen Kultur eines jeden Mitgliedslandes. Die Liste der Errungenschaften des Europarates ließe sich noch um zahlreiche Punkte ergänzen, die alle Aspekte der „Human Security“ betreffen. Wie lassen sich diese großen Erfolge damit in Einklang bringen, dass diese Organisation als „schläfrig“ bezeichnet wird? Tatsächlich arbeiten im Rahmen des Europarates ganz ausgezeichnete Experten. Aber ihre Durchschlagskraft hängt nicht von ihrem Fachwissen ab, sondern davon, wie die Ergebnisse auf der politischen Bühne präsentiert bzw. umgesetzt werden. Und dabei lässt man tatsächlich viele Möglichkeiten offen. Ich machte im „Ministerkomitee“, dem wichtigsten

Organ der Organisation, zwei Vorschläge, um dem Europarat mehr Aktualität zu verschaffen: der eine zielte darauf, mit grundsätzlichen Expertisen an die Öffentlichkeit zu treten; der andere darauf, häufiger zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Ein an sich sehr sympathischer Kollege sprach sich massiv dagegen aus: das wäre eine „Politique politicienne“, die man absolut ablehnen müsse. Meine Initiative wurde nicht weiter behandelt.

9. Meine Sicht der internationalen Beziehungen

Meine Erfahrungen als Botschafter publizierte ich in Abhandlungen über die internationalen Beziehungen, die als Bücher unter dem Titel „Organisierte Anarchie, die neue Welt in der wir leben“, sowie „Machtpolitik und Wohlfahrtsdenken in den internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts“ und „Alte Staaten- neue Welt; Stabilität und Wandel in den internationalen Beziehungen“ erschienen sind. Teile davon wurden ins Englische, Französische und Spanische übersetzt. Darin enthaltene Analysen habe ich in den letzten Jahren weiterentwickelt, mit folgenden Schlussfolgerungen:

Die „Revolution in der europäischen Diplomatie“ hat bewirkt, dass zunächst die westeuropäischen Staaten mit der Gründung des Europarates Ziel und Mittel ihrer Außenpolitik grundsätzlich geändert haben: seither prägt nicht mehr die traditionelle Machtpolitik die europäische Diplomatie; vielmehr wurde die Förderung der Wohlfahrt der Bürger eine Maxime der zwischenstaatlichen Beziehungen. Europäischen Wohlfahrtsstaaten geht es nunmehr darum, auch durch internationale Zusammenarbeit den Lebensstandard der Bürger zu erhöhen. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden Grundlagen der Außenpolitik. Konfrontation wurde abgelöst durch Kooperation; „Warfare“ durch „Welfare“. In den USA hat diese Revolution nicht stattgefunden. Der Glaube an den „American exceptionalism“ ist ein Wesenszug der amerikanischen Außenpolitik. Demnach ist Amerika eine auserwählte Nation, dazu berufen, die Welt zu führen. In den letzten Jahren haben aber die amerikanischen Kriege in vielen Regionen nicht zu mehr Stabilität, sondern zu mehr Instabilität; nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu mehr Unsicherheit, Chaos und Flüchtlingswellen geführt.

Dies vor allem auch deshalb, weil es neue Dimensionen von Sicherheit und Macht gibt. Jahrhundertlang war internationale Sicherheit eine militärische Sicherheit. Wer über die stärkeren Truppen verfügte bzw. es besser verstand, diese einzusetzen, konnte anderen seinen Willen aufzwingen. Heute ist internationale Sicherheit- und damit auch Macht- nur mehr zu 10 % militärisch begründet. Das sehen wir gerade in Zeiten der Corona- Pandemie. Sicherheit hat heute viele Aspekte, es geht um „Human Security“, also um alle Aspekte, die Menschen in den verschiedensten Lebensbereichen berühren.

Analog dazu hat sich auch die Struktur der Macht geändert: es gibt heute eine Vielzahl von Playern, weit über die staatlichen Akteure hinaus, die international Macht ausüben. Unzählige NGOs, Konzerne, alte und neue Medien, ja private Akteure sind auf den Plan getreten, was zu einer Aufsplitterung der Macht geführt hat.

(*) Dr. Wendelin Ettmayer

geb. 1943; aufgewachsen in Neukirchen am Walde

1977-1993: Abgeordneter zum Nationalrat

1994-2008: u.a. Botschafter in Finnland, Kanada und beim Europarat

Autor verschiedener Publikationen, siehe Website: www.wendelinettmayer.at

E-Mail: wendelin.ettmayer@gmail.com